

Ausgestritten: Alle für Wohnbau

Die in Neumarkt geplante Wohnanlage kann nun doch gebaut werden, FPÖ gab ihren Widerstand auf. In der Gemeinde herrscht Erleichterung, Vorbereitungen für den Bau laufen.

Von Ute Groß

Im Herbst hing der Haussegen im Neumarkter Gemeinderat deutlich schief, die Bruchlinie verlief zwischen ÖVP, SPÖ, Grünen einerseits und der Liste FPÖ & Unabhängige andererseits. Die Errichtung von 16 Wohneinheiten auf

den so genannten „Angeringergründen“ drohte zu scheitern, weil die FPÖ mit ihrem Veto den Beschluss der Baurechtsvergabe verhinderte, der nur mit einer Zweidrittelmehrheit gefasst werden kann. Zuerst war auch die FPÖ mit im Boot und stimmte sogar noch der Flächenwidmungsplanänderung zu, änderte aber im Endspurt die Meinung.

Vizebürgermeister Klaus Stadtschreiber (FPÖ) argumentierte damit, „dass wir die Projektdetails nicht gekannt haben und von etwas Kleinerem ausgegangen sind“. Der Stopp traf nicht nur die anderen drei Parteien unvorbereitet, sondern auch Interessenten an den geplanten Mietwohnungen, für die es laut Bürgermeister Josef



Gemeinsamer Termin bei ÖWG brachte den Durchbruch KK

Maier (ÖVP) bereits rund 30 Anmeldungen gibt.

Ein gemeinsamer Termin der politischen (Streit)Parteien bei der ÖWG in Graz hat die Wogen geglättet und das Projekt wieder auf Schiene gebracht. An der Größe des Baus und den Ortsbild-Bedenken habe sich

zwar nichts geändert, „aber unsere Forderungen werden umgesetzt“, erklärt Klaus Stadtschreiber.

In der vor wenigen Tagen stattgefundenen Gemeinderatssitzung stand der Baurechtsvertrag neuerlich auf der Tagesordnung – und wurde mit der erforderlichen Mehrheit angenommen. Da die Einwendungen seiner Partei akzeptiert worden seien, „konnten wir zustimmen, um eine zufriedenstellende Lösung für die Bevölkerung zu erzielen“, begründet Stadtschreiber die Kehrtwende.

Die Einigung beinhaltet, dass sofort ein Lift eingebaut wird („das wollten wir je nach Bedarf erst später umsetzen“, so der Bürgermeister), die Verlegung von Parkplätzen und den Erhalt

der Stellflächen beim Busbahnhof.

Bürgermeister Josef Maier ist erleichtert, nun doch „leistbare, barrierefreie Wohnungen in unmittelbarer Nähe zu Kindergarten, Schule und Busbahnhof schaffen zu können“. Durch den Bau werde ein brachliegendes, gemeindeeigenes Grundstück „einer sinnvollen Nutzung zugeführt“. Der Gemeinde würden keinerlei Kosten entstehen, „und nach Auslaufen des Baurechtsvertrages geht das Gebäude in Gemeindebesitz über“. Durch die Landesförderung von rund 988.000 Euro seien die Mieten besonders günstig. „Eine 60 Quadratmeterwohnung kostet rund 360 Euro im Monat“, rechnet Maier vor. Jetzt starten die Bauverfahren.